

**Politischer Jahresbericht Südliches Afrika 2003-2004
von Stefan Cramer**

Vorbemerkung: Dieser Bericht kann nicht den Anspruch erheben, alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in allen Ländern der Region darzustellen. Dafür ist die Region des Südlichen Afrikas (hier identisch mit den Ländern der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas, SADC) zu heterogen, sprachlich und kulturell zu differenziert und befindet sich in je nach Land in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Deshalb konzentriert sich der Bericht auf die Entwicklungen in den Ländern Südafrika, Lesotho, Simbabwe, Namibia und Mauritius, in denen die Stiftung über nennenswerte Projektaktivitäten verfügt.

1. Zusammenfassung:

Hunger und Armut prägen weiterhin das Leben der Mehrzahl der Menschen in der Region. Die extreme Witterungsabhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion beschreibt die Verwundbarkeit der Bevölkerung durch den Klimawandel. Der schlechte Ernährungsstand und Abhängigkeiten aller Art machen die Menschen besonders anfällig für die rasant um sich greifende **HIV/AIDS-Epidemie**. Ländliche Entwicklungssysteme sind nur gering ausgebaut, stattdessen beruht die Abhängigkeit der meist gut wachsenden Volkswirtschaften auf dem **Export von Rohstoffen**. Auch nach dem Ende der Apartheid halten die massiven Wanderungsbewegungen in der Region an. Ein rasches Wirtschaftswachstum übersetzt sich kaum in höhere Beschäftigung und erfolgreiche Armutsbekämpfung. Inmitten dieser Probleme ist der wirtschaftliche und politische **Erfolg Südafrikas** bemerkenswert. 10 Jahre nach dem formalen Ende der Apartheid stärkt der Erfolg dieses Landes die ganze Region. Eingebunden in zahlreiche multilaterale Abkommen und Bündnisse übt Südafrika eine wichtige Lokomotivenfunktion aus. Dennoch gibt die massive **Vorherrschaft des ANC** mit einem Wahlergebnis von 70 % bei den Wahlen im April 2004 Anlass zur Sorge für die Zukunft der Demokratie des Landes. Grundzüge einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur werden erkennbar. Das Engagement des Südlichen Afrikas auf dem Kontinent in Friedensmissionen wächst noch, gerät aber bereits an Kapazitätsgrenzen. In zahlreichen Wahlen verfestigt sich zur Zeit die Demokratie in der Region. Nur mit den internen Konflikten in Simbabwe und der Demokratischen Republik Kongo sind letzte Unruheherde zu bekämpfen. Anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten im Januar 2004, an dem sich zum hundertsten Mal der Beginn des **Völkermordes an den Hereros und Namas** durch die deutsche Kolonialmacht jährte, werden wir an die unrühmliche Rolle Deutschland in der Region erinnert und die noch zahlreichen unerledigten Aufgaben des Erinnerns, Gedenken und Versöhnens. Dies wird nur möglich sein, wenn die wirtschaftliche Kluft zwischen Arm und Reich verringert wird.

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres und Rückblick auf die politische Situation in der Region aus der Perspektive der HBS

Hunger und Armut

Die gesamte Region litt im Jahre 2003/4 in einem breiten Hungergürtel, der sich von Sambia über Simbabwe nach Mosambik, Swasiland und Lesotho erstreckte, unter einer bereits mehrjährigen Dürreperiode. Zahllose AgrarproduzentInnen der Region - Kleinbauern wie Großfarmer – wurden in den Ruin getrieben. Für eine kaum vorstellbare Anzahl von ca. 20 Millionen Menschen in den

Niedrigniederschlagsgebieten in Sambia, Simbabwe und Mosambik - zu einem geringeren Grad aber auch in Namibia, Südafrika, Lesotho und Swasiland - war das Jahr 2003 eines der trockensten seit Beginn klimatischer Aufzeichnungen. Wenig Zweifel bestehen in der Region, hier die Anzeichen des langfristigen Klimawandels zu erkennen, der - zusammen mit unangepassten Landbaumethoden und verfehlter Agrarpolitik (besonders in Simbabwe) - zu dramatischen Produktionseinbrüchen führte. Allerdings sind mittlerweile die internationalen Frühwarnsysteme und die Mechanismen der Lebensmittellieferungen ausgebaut und funktionsfähig, so dass - mit Ausnahme von einigen ländlichen Regionen Sambias und Simbawwes - keine akuten Hungerkatastrophen auftraten. Wie nie zuvor ist das Bewusstsein in der Region gewachsen, dass der Klimawandel vor allem die verarmende Landbevölkerung trifft. Daher kommt der ländlichen Entwicklung dieser Regionen, aber auch den Fragen der Energieerzeugung und -verteilung sowie der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen weitere Dürrekatastrophen eine große Bedeutung zu. Die fast vollständige Abhängigkeit der Region von unzuverlässigen Regenfällen macht sie immer wieder anfällig für Hungerkatastrophen. Die damit verbundene Landflucht verstärkt den Druck auf die formalen Sektoren der Volkswirtschaften, die kein entsprechendes Wachstum verzeichnen können. Während die ärmeren Länder der Region eine aktive Politik der ländlichen Entwicklung konzipieren und teilweise auch erfolgreich umsetzen, geht das große Südafrika den Weg der hochtechnisierten kommerziellen Landwirtschaft zur Ernährungssicherung, verbunden mit einer einseitigen Förderung der industriellen Entwicklung. Dies setzt erhebliche Wanderungsströme von ArbeitsmigrantInnen und Wirtschaftsflüchtlingen in Bewegung. Beide Phänomene, Hunger und Wanderungen, verbunden mit einem erheblichen Maß an sexueller Gewalt in den Geschlechterbeziehungen, führen zu einer HIV/AIDS-Epidemie ungeheuren Ausmaßes. Deren menschliche und wirtschaftliche Entwicklungen kommen erst jetzt langsam vollständig in den Blick. Fehl- und Unterernährung sowie Abhängigkeiten führen dazu, dass Frauen, vor allem junge Frauen, einen weit überdurchschnittlichen Anteil an den Opfern dieser Seuche stellen. In dieser Bevölkerungsgruppe sinkt mittlerweile die mittlere Lebenserwartung jedes Jahr um durchschnittlich ein. Institutionelle und politische Kampagnen sind in fast allen Ländern der Region immer noch unzureichend. Angesichts der Leugnungshaltung der regionalen Regierungen und der immer noch zu geringen Bereitschaft der reichen Länder zu massiven Finanzhilfen geraten die Sozialsysteme der Region so an den Rand des Zusammenbruchs.

Wirtschaftliche Entwicklung

Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit konnte das Südliche Afrika bedeutende politische und wirtschaftliche Erfolge im Zeitraum 2003/4 verbuchen. Die außerordentlichen Wachstumsraten reflektieren eine stabile Region, die unter der pragmatischen Führung der Republik Südafrika, mit starken und erfolgreichen Partnern in Botsuana und Mauritius, bedeutende Fortschritte erzielen konnte. Die Region belegt mit Botsuana, Südafrika, Mauritius und Namibia – entsprechend einer Analyse der *Economic Commission for Africa (ECA)* – die ersten vier Plätze bei den politischen und wirtschaftlichen Erfolgen in der Armutsbekämpfung. Nur der Kongo und Simbabwe gehörten zu den Verlierern innerhalb der Region. Mit Angola und Mosambik sind aber auch zwei Länder mit unerhörten Wachstumsraten in der Region vertreten. Beide wiesen ein nachhaltiges Wachstum von über 7 % aus - allerdings von einer kriegsbedingt niedrigen Ausgangslage heraus. Nur im Fall von Angola ist dieses rasche Wachstum auch mit einer stark steigenden Inflationsrate verbunden gewesen. Das Schlusslicht bildete auch hier wieder Simbabwe, das mit zeitweise über 600 % Inflation, einem Schrumpfen der Wirtschaft und einer tiefen politischen Krise immer noch nicht in der Talsohle angekommen zu sein scheint. Ohne dieses Sorgenland und enttäuschende 2 % Wachstum in Südafrika selbst wäre die Region 2003 mit deutlich mehr als 3 % Ausweitung des BIP eine der Wachstumsregionen der Weltwirtschaft gewesen.

Dieses außerordentliche Wachstum in der Region wurde unter anderem im Rohstoffsektor erzeugt. Dieser Sektor dominiert weiterhin die Volkswirtschaften des Südlichen Afrikas und ist stark zyklischen

und konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Lediglich Südafrika weist ein stärkeres Wachstum im verarbeitenden Gewerbe auf. So bleibt die wirtschaftliche Gesundheit der Region prekär und erfordert weiterhin große Anstrengungen der beteiligten Regierungen. Mit dem *Cotonou-Abkommen* und dem weiteren Abbau von Handelshemmnissen in die Europäische Union sind dafür die entscheidenden Weichen gestellt, auch wenn das Tempo der Verhandlungen unter anderem an der geringen Verhandlungskapazität der beteiligten Staaten noch leidet. Mit dem *African Growth Opportunities Act* (AGO) der Vereinigten Staaten entsteht stattdessen der Anreiz für Offshore-ProduzentInnen aus dem asiatischen Raum. Diese schwachen Volkswirtschaften mit wenig Gewerkschaftsrechten, wie Mauritius, Lesotho und neuerdings auch Namibia, werden als billige Produktionsstandorte genutzt. Sozial- und Umweltstandards können hier ungestraft mit Füßen getreten werden. Entscheidendes Kriterium für eine längerfristige Wirtschaftsentwicklung in der Region ist stattdessen die stärkere regionale Integration der Volkswirtschaften. Diese begann unter dem Dach der *Zollunion des Südlichen Afrikas* (COMESA), findet stärkere Ausprägung im Verband der *Entwicklungsregion des Südlichen Afrikas* (SADC) und ergibt sich seit 2002 zunehmend im Rahmen der *Afrikanischen Union* (AU).

Südafrikas Rolle in der Welt - Stabilität und Gefährdung der Demokratie

Ohne Zweifel nimmt die demokratische Republik Südafrika in der Region eine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung ein. Was immer sich in Südafrika ereignet, hat direkte Auswirkungen auf die Region und den Kontinent. Ca. 52 % des afrikanischen Bruttoinlandproduktes werden am Kap erwirtschaftet. Kaum ein Friedenprozess mehr in Afrika, an dem nicht südafrikanische Diplomaten und Militärs ihren Anteil haben. Nach nun fast 10 Jahren seit dem formalen Ende der Apartheid steht die junge Demokratie auf dem Prüfstand. Keines der Nachbarländer - mit Ausnahme Botsuanas - kann sich mit den demokratischen Errungenschaften der neuen Republik messen. Dennoch ist Vorsicht angesagt: die Länder der Region stehen der „*Lokomotive Südafrika*“ sehr kritisch, manchmal sogar argwöhnisch, gegenüber. Zu groß ist die Vormachtstellung, und damit oft auch die Arroganz der Macht südafrikanischer Industrieller oder Diplomaten gegenüber den wirtschaftlich und militärisch schwächeren Nachbarn.

In der vergangenen Dekade hat sich jedoch ein „kleines“ Wunder ereignet. Ein halbes Jahrhundert Apartheid mit schrecklichen Exzessen, wirtschaftlicher Destabilisierung und unmenschlichen Gesetzen ist zu Ende gegangen. Die von vielen - meist weißen Beobachtern - erwarteten gewalttätigen Auseinandersetzungen sind weitestgehend ausgeblieben. Schlimmer waren da schon die ethnischen Konflikte vor den Wahlen von 1994. Der historische Kompromiss aus dieser Zeit aber hat gehalten: kein Antasten der wirtschaftlichen Privilegien gegen eine friedliche Übernahme des Staatsapparates. Die Sicherheitsklauseln zur Besitzstandswahrung haben Bestand. Eine funktionale Demokratie mit allen notwendigen Staatsorganen, eine wirklich unabhängige Gerichtsbarkeit, eine vollständige Pressefreiheit und viele andere Errungenschaften sind in Südafrika mittlerweile fast selbstverständlicher Alltag geworden. Zu erwähnen sind zum Beispiel das gesetzlich verankerte Recht auf Sprachenvielfalt, fest geregelte politische Mitwirkung der Bevölkerung bei allen Gesetzesvorhaben und Großprojekten, usw.

Die Jubelfeiern im Jahr 2004 können aber nicht über schwerwiegende Defizite hinwegtäuschen. Die Befreiungsbewegung ANC an der Macht hat immer noch Schwierigkeiten, sich als eine moderne parlamentarische Regierungspartei zu organisieren. Bereits vor den Wahlen im April 2004 fiel es dem ANC bei einer 2/3-Mehrheit im Parlament und einer 8/9-Mehrheit in der Föderalen Kammer, dem *National Council of Provinces*, oft noch schwer, zwischen Partei und Fraktion, zwischen Legislative und Exekutive zu unterscheiden. Dies wurde im Jahr 2003 deutlich, als der ANC die sog. „*floor crossing legislation*“ einführte und damit die Dominanz in den beiden Häusern der Legislative noch ausbauen konnte. Südafrikas Wahlgesetz sieht bisher nur eine reine Parteilistenwahl vor. Das erlaubt den Parteiführungen die volle Kontrolle über die Nominierungen und Abberufungen von Abgeordneten.

Einen Wahlbezirksbezug wie im deutschen System haben die Abgeordneten nicht. Meist sind sie nur der Parteiäson unterworfen. Die Wähler haben daher nur die Möglichkeit, eine Parteiliste zu wählen, auf deren Zusammensetzung sie nur Einfluss haben, wenn sie einflussreiches Mitglied dieser Partei sind.

Im ersten Quartal 2003 ratifizierte das Parlament mit der mühelosen Mehrheit des ANC das „*floor crossing*“ Gesetz. Es ermöglicht den ParlamentarierInnen auf Bundes- und Länderebene, in einem jeweils definierten, kurzen Zeitfenster die Partei, mit deren Hilfe sie in die Parlamente gekommen waren, zu verlassen und sich einer anderen Partei ihrer Wahl anzuschließen, ohne dabei ihren Parlamentssitz zu verlieren. Während die Befürworter dieses Systems anführten, dass in der langen 5-jährigen Legislaturperiode sich die politischen Verhältnisse ändern könnten und daher eine andere Konstellation wünschenswert wäre, kritisierten andere die Tatsache, dass hier der Wählerwille hintergangen werde. Das Endergebnis des „*floor-crossing*“ war aus demokratischer Sicht eher negativ. Während der „*floor crossing period*“ wanderten überwiegend Abgeordnete kleiner Parteien zu der übermächtigen Regierungspartei, meist - so der Verdacht - in der Suche nach sicheren Listenplätzen oder Regierungspositionen. Damit zementierte der ANC seine 2/3-Mehrheit und reduzierte die einzige ernstzunehmenden Oppositionspartei *Democratic Alliance* (DA) auf 46 Abgeordnete im 400 Mitglieder zählenden Parlament. Noch wichtiger aber waren die dadurch möglich gewordenen Koalitionen am *Western Cape* und der in der Provinz *KwaZulu-Natal*, so dass inzwischen alle 9 Provinzen direkt von einer ANC-Mehrheit im Parlament beherrscht werden.

Das herausragende politische Ereignis in der Republik Südafrika der vergangenen 12 Monate war mit Sicherheit der erfolgreiche **Abschluss der dritten demokratischen Wahlen** in diesem Land seit 1994. UN, EU und Commonwealth hatten bereits im Vorfeld auf die sonst übliche Entsendung von Beobachtermissionen verzichtet, da der freie und faire Ablauf der Wahl praktisch garantiert war. In geordneter, manchmal auch volksfestartiger Stimmung gingen knapp 16 Millionen Wahlberechtigte zu den Urnen und bescherten ihrer Lieblingspartei, dem ANC, in einem überraschend überragenden Wahlsieg von knapp 70 % eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit. Im neuen Kabinett des alten, neuen Präsidenten *Thabo Mbeki* werden einige der weit abgeschlagenen Parteien mit Ministerposten in eine noch größere Koalition eingebunden. Eine Ausnahme macht die *Democratic Alliance*, der die Rolle der „offiziellen Opposition“ zukommt. Kaum noch erwähnenswert ist hingegen der politische Stellenwert des ehemals größten Widersachers, der *Inkatha Freedom Party* (IFP). Diese schrumpfte landesweit auf 7 % und musste selbst in der eigenen Hochburg *KwaZulu-Natal* die Regierungsgeschäfte an den siegreichen ANC abgeben. Die links vom ANC angesiedelten Parteien, wie der *Pan-African Congress* (PAC), die *Azanian People's Organisation* (AZAPO) und andere sind – aufgrund interner Machtkämpfe und veralteter Programmatiken – von der politischen Bühne verschwunden.

Ausgestattet mit einer derartigen **Machtfülle und demokratischer Legitimation** steht die neue Regierung Mbeki unter enormem Druck, nun die Masse der Bevölkerung an den Segnungen des Endes der Apartheid tatsächlich teilhaben zu lassen. Der Präsident hat daher eine ambitionierte und vor allem mit konkreten Daten beschriebene Politik der sozialen Angleichung der Bevölkerungsgruppen, der Hebung des Lebensstandards und der staatlichen Daseinsfürsorge formuliert. Nach den großen Politikprojekten der vergangenen Jahre geht es nun in die Mühen der Ebene bei der Umsetzung der ehrgeizigen Ziele, vor allem auf Provinz- und kommunaler Ebene.

Da verwundert es auch wenig, dass die noch junge Demokratie bereits **Erosionserscheinungen** zeigt. Weitreichende Korruptionsskandale, die bis zum amtierenden Vizepräsidenten *Jacob Zuma* reichen, erschüttern das Vertrauen der Menschen in gute Regierungsführung. Allerdings zeigen die unabhängige Presse und die souveräne Justiz große Kompetenz, so dass die öffentliche Debatte

vehement und leidenschaftlich geführt werden kann. Dennoch ist die überwältigende Mehrheit der meisten Bevölkerungsgruppen mit der Mehrzahl der politischen Projekte der Regierung *Thabo Mbeki* einverstanden und sieht repräsentativen Umfragen zufolge überwiegend optimistisch in die Zukunft. Die geringe Sparquote und große Investitionsbereitschaft sprechen dafür. Sie spiegeln die gesellschaftspolitische Grundlage einer engagierten Demokratie und erfolgreichen Volkswirtschaft wider. Selbst die gravierenden sozialen Probleme mit hoher Arbeitslosigkeit, einem schwachen Sozialstaat und die viel hinterfragte Politik der Regierung Mbeki in Bezug auf die HIV/AIDS-Katastrophe in Südafrika, sowie das Management der Krise im benachbarten Simbabwe haben ihrer Popularität keinen wirklichen Abbruch getan.

Das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung Mbeki hat deutliche Züge einer stärker auf Umverteilung orientierten Politik, nachdem dieses Thema in den vergangenen Jahren eher zurückhaltend angegangen wurde. Der strikte Sparkurs zur Konsolidierung des Staatshaushaltes wird vorsichtig aufgeweicht. Massive Arbeitsbeschaffungsprogramme werden angesichts einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit von ca. 40 % aufgelegt. International bedeutsam sind zurzeit die Freihandelsverhandlungen der *Südafrikanischen Zollunion SACU* (Südafrika, Botsuana, Lesotho, Namibia and Swasiland) mit China und Indien. Vielleicht noch bedeutsamer ist der Schwung, den das *Staatenbündnis IBSA* (Indien, Brasilien, Südafrika) nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun bekommen hat. Mittlerweile sind zahlreiche trilaterale Regierungskommissionen an der Arbeit, ein maritimer Südkorridor ist in Bearbeitung, Abkommen in der zivilen Luftfahrt unterschriftsreif. Daher entwickelt sich langsam die Frage, ob dieses Bündnis der *Afrikanischen Union*, und hier vor allem der Entwicklungspakt NEPAD Konkurrenz zu machen droht. Südafrikanische Diplomaten sind sich jedoch sicher, dass die Zukunft Südafrikas in Afrika liege und betonen die weiterhin federführende Rolle Südafrikas auf diesem Terrain.

Aber auch Südafrikas finanzielle und wirtschaftliche Mittel sind begrenzt. Seine treibende Rolle in dem *Staatenbündnis des Südlichen Afrikas SADC* ist im Schwinden, wie insgesamt dieses Bündnis geschwächt ist. Mit problematischen Mitgliedern wie Simbabwe und Swasiland entsteht kein überzeugendes Bild einer Wertegemeinschaft. Der wirtschaftliche Austausch kommt nur langsam in Gang. Zu wenig komplementär sind die Volkswirtschaften, zu einseitig der Handelsbilanzüberschuss Südafrikas. Das kann sich erst durch einen stärkeren Ausbau der gegenseitigen Energielieferungen verändern, aber auch hier drohen ungleiche Beziehungen zu entstehen. Das Hauptaugenmerk der südafrikanischen Regierung, unbestreitbar die politische Lokomotive in der Region, auf die gesamtafrikanische Integration im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) führt zu einer weiteren Schwächung der SADC. Deren dezentrale Struktur wird zur Zeit schrittweise zugunsten einer stärkeren Zentralisierung der Entscheidungsgremien verbessert.

Afrikanische Friedenssicherung

Mit dem Ende aller Bürgerkriege und aller wechselseitigen Interventionen - mit Ausnahme der **Demokratischen Republik Kongo (DRC)** - erlebt die Region eine Friedensdividende in konstant hohen Wachstumsraten. Die Region kann es sich daher leisten, erstmals eine positive, UN-mandatierte Rolle in der kommenden Architektur einer Afrikanischen Friedenssicherung zu spielen. Gegenwärtig stehen Soldaten, überwiegend aus Südafrika, aber auch Mosambik und Namibia, in Burundi, DRC und Liberia, wobei mit Liberia und Burundi sozusagen „*out-of-area*“ Einsätze zu verzeichnen sind. Die nach dem Ende der Apartheid vollständig umgebaute Armee Südafrikas kommt aber bereits auf diesem Interventionsniveau an die Grenze ihrer personellen und materiellen Leistungsfähigkeit. In Angola, bis vor einem Jahr noch ein Krisenherd, kommt nach dem Ende des Widerstandskampfes der UNITA der Wiederaufbau langsam in Gang. Aber schon drohen neue, eventuell auch gewalttätige Auseinandersetzungen um die ölreiche Enklave Cabinda.

Formale Demokratie

In den weiteren Ländern der Region haben die Ereignisse der letzten Monate gezeigt, wie fragil die formalen Demokratien noch sind, aber auch welche Fortschritte gemacht worden sind.

In **Angola** stehen immer noch die angekündigten Präsidentschaftswahlen aus, ohne die die politische und wirtschaftliche Integration der ehemaligen UNITA-Kämpfer nicht als abgeschlossen gelten kann. Trotz innerem und äußerem Druck weigert sich die Regierung von Eduardo dos Santos, einen Wahltermin bekannt zugeben.

Lesotho dagegen hat seit langem ein ganzes Jahr innenpolitischer Stabilität erlebt. Die gegenwärtige Regierung, unter der konstitutionellen Monarchie des wenig einflussreichen König Letsie III, wird von Premierminister Bethuel Pakalitha Mosisili seit 1998, jetzt also schon in der zweiten Amtsperiode, regiert. Seine gegenwärtige Regierungsperiode hat er dem Kampf gegen die Korruption gewidmet. Die Justiz von Lesotho hat in den vergangenen Monaten ihren konsequenten Feldzug gegen die Korruption fortgesetzt - vor allem im Zusammenhang mit dem großen Wasserprojekt im Hochland von Lesotho. Aufmerksamkeit erregte unter anderem das Verfahren gegen die deutsche Firma *Lahmeyer International Consulting*, die nach einem ersten Schuldspruch in Revision ging und sich stattdessen eine deutlich höhere Strafsumme einhandelte. Das Verfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Kürzlich reiste ein Vertreter der Anklage nach Washington, um vor einem Kongressausschuss zur Veruntreuung von Weltbank-Mitteln auszusagen in diesem Zusammenhang auszusagen.

In **Botsuana** geht die Amtszeit des angesehenen Präsidenten *Festus Mogae* mit den Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres zu Ende. Botsuana erreichte erneut internationale Anerkennung durch die Gutachter des *World Economic Forum* (WEF) für gute Regierungsführung. Die großen Diamantenerträge erlauben einen relativ reichen Wohlfahrtsstaat, der lediglich durch die nicht ganz freiwillige Umsiedlung der San-Urbevölkerung aus diamantenhöffigen Gebieten, die auch für den Tourismus interessant sind, auffällig geworden ist. Gegenwärtig betreibt eine Gruppe der San ein richtungweisendes Gerichtsverfahren in Gabarone, um die Rechtmäßigkeit dieser Umsiedlungen feststellen und – ein Novum in der Rechtsgeschichte des Südlichen Afrikas – uralte Stammesrechte gerichtlich festschreiben zu lassen.

In **Malawi** waren im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im Mai diesen Jahres besonders turbulente Vorgänge zu verzeichnen. Nachdem Präsident *Bakili Muluzi* endgültig auf eine Verfassungsänderung, die ihm die Möglichkeit einer dritten Amtszeit beschert hätte, verzichtete, war der Weg frei für Wahlen. Aus ihnen ging der Kandidat der *United Democratic Front* (UDF), *Bingu wa Mutharika*, mit 36 % knapp zunächst siegreich hervor. Viele Umstände, unter anderem attestiert von einer Beobachtermission der Europäischen Union, deuteten auf weitreichende Unregelmäßigkeiten hin. Die unterlegenen Parteien fochten daher die Wahl an. Die UDF unter *Mutharika* vereinbarte daraufhin mit dem unterlegenen *Brown Mpinganjira* von der *National Democratic Alliance* (NDA) eine Koalitionsregierung. Die anderen unterlegenen Parteien (*Malawi Congress Party* und die *Mgwirizano Coalition*) gaben ihre - nicht ganz unbegründeten - Wahlanfechtungsklagen auf. Mittlerweile hat die neue Regierung die Geschäfte aufgenommen, und muss sich vor allem der grassierenden HIV/AIDS-Seuche und der großen Armut im Land annehmen. Selbst in diesem von einem milderen Klima begünstigten Land hat es eine Hungersnot gegeben. Diese war – Beobachtern zufolge – unter anderem dadurch entstanden, dass Malawi auf Anraten internationaler Geber zur Linderung des Haushaltsdefizits wichtige Nahrungsmittelreserven der vergangenen Jahre verkaufte und jetzt gezwungen war, stattdessen Nahrungshilfe zu beantragen.

In **Mosambik** fand im Juli 2003 in der Hauptstadt Maputo das erste Gipfeltreffen der Afrikanischen Union statt, nachdem Präsident *Eduardo Chissano* den Vorsitz der AU übernommen hatte. Der Mord an dem mosambikanischen Journalisten *Carlos Cardoso* dominierte weiterhin die internationale Berichterstattung und die innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die Tatsache, dass der Mörder bereits zweimal entkommen konnte und selbst der Präsidentensohn in den Mordfall verwickelt zu sein scheint, wirft ein Schlaglicht auf die Korruption bis in die höchsten Regierungskreise. Dennoch gilt Mosambik weiterhin als ein Vorzeigeland für rasche wirtschaftliche Entwicklung, die allerdings stark rohstoffabhängig ist. Im April kündigte die Australisch-Südafrikanische Firma *BHP Billiton* den Ausbau des Aluminiumwerkes *Mozal* vor den Toren von Maputo an. Allein diese Maßnahme wird zu der Verdreifachung der mosambikanischen Exporterlöse führen. Der südafrikanische Präsident *Thabo Mbeki* eröffnete im Juni 2003 die erste Pipeline, die Erdgas von den reichen Vorkommen vor der Küste Mosambik in die Wirtschaftszentren Südafrikas transportiert. Die Abhängigkeit des Wirtschaftsaufschwungs in Mosambik von klassischen Rohstoffexporten bleibt also bestehen.

Nachdem nun die Frage der Präsidentschaftsnachfolge in **Namibia** geklärt ist und Präsident *Samuel Nujoma* tatsächlich aus dem Rampenlicht tritt, ist etwas mehr Ruhe in die innenpolitische Debatte eingeleitet. Selbstverständlich wird *Sam Nujoma* den Parteivorsitz und sein großes Ansehen dazu nutzen, weiterhin die Fäden der Macht in der Hand zu behalten. Aus dieser Perspektive ist die Nominierung des Ministers für Landfragen *Hifikepunye Pohamba* als neuem Präsidentschaftskandidaten, – seine Wahl kann als gesichert gelten – zu verstehen. Dieser hat bereits angekündigt, die Politik von Präsident Nujoma nahtlos fortzusetzen. Unter ihm wird es aller Voraussicht nach keine Verbesserung bei der Respektierung der in der Verfassung garantierten bürgerlichen Freiheitsrechte geben. Auch die Presse wird wahrscheinlich weiter kontrolliert werden. Unklar ist der Fortgang der Landumverteilung. Während die Bereitschaft zu gewaltsamen Landbesetzungen steigt, bemüht sich die Regierung aber, nicht den Eindruck der Unterstützung von gesetzlosen Maßnahmen zu machen. Sie kündigt aber drastische Veränderungen im Tempo und Stil der Landreform an.

Die Menschenrechtsverletzungen in der letzten absoluten Monarchie Afrikas, in **Swasiland**, nehmen weite zu. Die Opposition ist aber nach wie vor schwach und zersplittert. Der Plan für den Ankauf eines Düsenflugzeugs für den König *Mswati II.* führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem „Parlament“ und dem Königshaus. Der Parlamentspräsident *Marwick Khumalo* musste daraufhin zurücktreten. Wie in kaum einem anderen Land der Region werden die Rechte von Frauen hier missachtet. Die jährliche Wahl der königlichen Bräute verdeutlicht dies. Das gültige Wahlrecht sieht vor, dass Witwen für zwei Jahre nach dem Tod ihres Ehemanns nicht wählen dürfen!

In **Sambia** erreicht der Kampf gegen die Korruption immer neue Höhen. Dies zeigen die zeitweilige Verhaftung des ehemaligen Präsidenten *Frederick Chiluba* wegen massiver Veruntreuungen und das Impeachment-Verfahren gegen den regierenden Präsidenten *Levy Mwanawasa* wegen Korruption. Mit dem Frieden im benachbarten Angola kann nun eine große Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen wieder in ihre Heimat zurückkehren. Der niedrige internationale Kupferpreis führte zu einer weitgehend erfolglosen Privatisierung der sambischen Kupferminen. Aufsehen erregend war der sambische Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe.

Das demokratische Schlusslicht ist weiterhin **Simbabwe**. Die weitere Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes schreitet voran. Das in den Parlamentswahlen von 2002 nur knapp unterlegene *Movement for Democratic Change* (MDC) ficht - weiterhin erfolglos - die Rechtmäßigkeit der Wahlen von 2002 (!) an, während die Regierung den -vermutlich fingierten - Verdacht des Hochverrates durch den MDC-Präsidenten *Morgan Tsvangirai* gerichtlich klären lässt.

Dadurch sind „Gespräche über Gespräche“ blockiert, die trotzdem regelmäßig vom südafrikanischen Präsidenten *Thabo Mbeki* angekündigt werden. Erfolglos blieben bisher auch verschiedene Vermittlungsversuche aus Kirchenkreisen. Auch der Besuch von Präsident Bush in der Region hat nicht zu einer Klärung der Positionen beigetragen. Mittlerweile sind die Gesprächsversuche auch offiziell als gescheitert angesehen. Eine politische Lösung ist nicht in Sicht. Die unabhängige Presse wird immer stärker unterdrückt. Mit den Gesetzen *Public Order and Security Act (POSA)* und *Access to Information and Protection of Privacy Act (AIPPA)* hat sich das Regime die legale Handhabe für diese Unterdrückung geschaffen. Mittlerweile sind die beiden letzten freien Pressestimmen (die *Daily News* und *The Tribune*) verboten worden. Die Inflation hat sich nach der Einsetzung eines neuen Zentralbankgouverneurs, einer „Währungsreform“ und einem Antikorruptionsverfahren bei ca. 400 % „stabilisiert“. Die Devisenknappheit jedoch treibt die Regierung dazu, jetzt bereits zukünftige Tabakernten, mit die wichtigsten Devisenbringer, zu verpfänden. Selbst Banknoten werden knapp, die Energieversorgung immer unregelmäßiger. Eine massive Emigration in die Nachbarländer ist zu verzeichnen. Über zwei Millionen Simbabweer sollen allein in Südafrika Zuflucht gesucht haben. Südafrika erkennt politische Gründe für simbabwische Immigranten nicht an und führt regelmäßig - und erfolglos - große Repatriierungskampagnen durch. Auch zaghafter Druck aus befreundeten Ländern hat nicht zum Erfolg geführt. Im Dezember 2003 verlängerte die Generalversammlung des Commonwealth die Suspendierung von Simbabwe, das sich daraufhin aus dem Staatenbündnis zurückzog.

100 Jahre Genozid

Ein für uns Deutsche besonders erinnerungswürdiges Datum war der Januar 2004, in dem sich zum hundertsten Mal der Beginn des Völkermordes an den Hereros und Namas durch die deutsche Kolonialmacht jährte. Die Gedenkfeierlichkeiten waren von dem gegenseitigen Versuch geprägt, trotz der noch offenen Wunden aufeinander zuzugehen. So legte der deutsche Botschafter *Dr. Wolfgang Massing* am 11. Januar 2004 einen Kranz am Grab der Herero-Häuptlinge in Okahandja nieder. Eine kleine Geste, die in Namibia viel Beachtung fand. Dennoch weigerte sich auch der Botschafter, im Namen des deutschen Volkes eine förmliche Entschuldigung auszusprechen. Die deutsche Seite vermeidet alles, was dem zur Zeit in New York anhängigen Gerichtsverfahren einiger Hereros gegen die Bundesrepublik Deutschland auf substantielle Entschädigung Vorschub leisten könnte. Auf der anderen Seite waren die Januar-Feierlichkeiten von den Widersprüchen und Spaltungen innerhalb der Volksgruppe der Hereros geprägt. Der Weg zu einer echten Versöhnung ist in Namibia, wie auch im Nach-Apartheid-Südafrika nicht einfach, solange die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten dieser Regime nicht überwunden sind. In Namibia deutet sich – in deutlicher Nachfolge zu dem befreundeten Simbabwe – eine zunehmende Bereitschaft zu militanten Formen der Landrücknahme an, angeheizt wie in Simbabwe durch Korrosionserscheinungen innerhalb der Regierungspartei und der sie tragenden Volksgruppe der Ovambos. Auch in Namibia ist die Pressefreiheit beschnitten, private Zeitungen sind regelmäßig Verunglimpfungen von Seiten der Regierung und der SWAPO ausgesetzt. Im Rundfunkbereich besteht ein weitgehendes Monopol des Staates, das nur durch einige kleine private Radiostationen und einen kleinen privaten, nur auf die Hauptstadt begrenzten Fernsehsender, durchbrochen wird.

3. Ausblick

Angesichts der stabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind **keine drastischen Verschiebungen** in der unmittelbaren Zukunft in der Region zu erwarten. Lediglich für Simbabwe werden die bevorstehenden Wahlen im Frühjahr 2005 eine Zäsur bedeuten können. Die Tatsache, dass zahlreiche Institutionen der Afrikanischen Union in den letzten Monaten gegründet und im kommenden Jahr in Aktion treten werden, wird zu einer Stärkung der multilateralen Institution auf dem Kontinent führen, die das aufstrebende Südafrika immer enger in afrikanische Zusammenhänge einbinden werden. Besonders hervorzuheben ist hier die Gründungsversammlung des Panafrikanischen

Parlamentes, das im Oktober 2004 zum ersten Mal in Südafrika zusammentreten wird. Der Afrikanische Sicherheitsrat wird tagen, um die Instrumente der afrikanischen Friedenssicherung zu stärken. Allerdings lässt die Beteiligung der afrikanischen Zivilgesellschaft an dieser Strukturen weiter zu wünschen übrig. Die regionale Zivilgesellschaft ist weiter geschwächt und hat bei der Ausgestaltung formaler demokratischer Strukturen noch kein großes Gewicht. Dabei kommt ihr oft die Rolle einer funktionalen Opposition zu.

Mit der Einsetzung eines neuen Kabinetts haben sich **zahlreiche Parameter der Arbeit der Stiftung in Südafrika verändert**. Das Umweltressort ist durch die Ernennung von Minister *Marthinus van Schalkwyk*, von der NNP, als einem Trostpflaster für den Verlust des Amtes des Premierministers der Provinz *Western Cape*, erheblich geschwächt. Das populistisch geführte Bergbau- und Energieministerium hat dem gegenüber durch die Bestätigung der bisherigen Ministerin an Gewicht gewonnen und hat – allen ökonomischen Analysen zum Trotz – den Ausbau der südafrikanischen Atomenergie angekündigt. Dennoch gehen wir davon aus, dass der potentielle Betreiber dieser Anlagen, der staatliche Energiekonzern ESKOM, aus betriebswirtschaftlichen Gründen kein Interesse mehr am Bau der neuen Reaktorlinie hat, und es daher zu einer stillschweigenden Einstellung des Atomprogramms kommen kann. Stattdessen plant die Regierung nun neuartige Atomendlager (Bohrloch-Verbringung), die erst in die öffentliche Debatte geraten müssen.

Eine Kette von **Wahlen** (Parlamentswahlen in Botswana im Oktober 2004, in Namibia im November 2004, in Mosambik im Dezember 2004, in Simbabwe im März 2005 und in Mauritius im September 2005) werden weiterhin Testfälle für den Fortschritt der Demokratie in der Region darstellen. Die Armutsbekämpfung wird weiterhin zumindest formal keinen großen Raum einnehmen, die Region setzt auf Export-orientiertes Wirtschaftswachstum.

Die weitere Stärkung von **Frauenrechten** kann in den anstehenden Wahlen, bei diversen Verfassungsprozessen und auf der Grundlage des „*Beijing+10 Prozesses*“ erwartet werden. In vielen Ländern steht aber die praktische Umsetzung der fortschrittlichen Verfassungsrechte und Gesetze noch auf der Tagesordnung. Die Stärkung von Fraueninteressen auf kommunaler Ebene sollte dabei im Vordergrund stehen, unter anderem durch die Beeinflussung von kommunalen Budgetprozessen. Die Dichotomie zwischen den liberalen, oft sogar fortschrittlichen Gesetzen in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter auf der einen und der dramatischen Benachteiligung von Frauen im Wirtschaftsleben, ihren alltäglichen Gewalterfahrungen sowohl im häuslichen Bereich als auch in den politischen Auseinandersetzungen - auf der anderen Seite bleibt ein wichtiger Widerspruch. Daher sieht es die Stiftung weiterhin als ihren Auftrag an, schwerpunktmäßig in dem Bereich der Geschlechterdemokratie zu arbeiten.

Die Heinrich Böll Stiftung im Südlichen Afrika wird sich weiterhin der Förderung einer lebhaften und konstruktiven **Zivilgesellschaft** verschreiben. Unter den insgesamt günstigen politischen Rahmenbedingungen der Region ist der demokratische Raum, der ihr zur Verfügung steht, oft größer als sie auszufüllen in der Lage ist. Dort wo dieser Raum zusammen mit den formalen Strukturen der Demokratie aktiv gefährdet ist, wie in Simbabwe und Namibia, ist stattdessen eine Stärkung der Widerstandskräfte der Zivilgesellschaft gefordert.

Stefan Cramer, Johannesburg, Juli 2004

Literaturhinweise

Nomazulu **Mda** and Anne **Hammerstad**: Southern Africa: A Review of the Region and Relations with South Africa. – In: South African Institute of International Affairs, South African Yearbook of International Affairs 2003/4 (im Druck)

Stefan Cramer: Drei Arten des Gedenkens - Beobachtungen am Gedenktag 100 Jahre nach dem Hereroaufstand. – Afrika Süd, ISSA, Nr.1-2004

Stefan Cramer: „Ten Years of Democracy“ - 10 Jahre nach dem Ende der Apartheid wurde in Südafrika erneut gewählt, Afrika Süd, ISSA, Heft Nr. 3, Mai/Juni 2004

Stefan Cramer: Überwintern am Kap? - Von Südafrikas „neuer“ Atomindustrie. Afrika Süd, ISSA, Bonn Heft Nr.5, September/Oktober 2003

Anhang 1: Time Line of Political Events

- 10.06.2003 Opposition Movement for Democratic Change (MDC) Leader Morgan Tsvangirai is arrested twice, amid a week of opposition protests. He is charged with treason, adding to an existing treason charge from 2002 over an alleged plot to kill President Mugabe.
- 12.06.2003 Unita - now transformed into a political party - elects Isaias Samakuva as its new leader.
- 12.06.2003 The World Economic Forum says Botswana has the best standards of governance in Africa.
- 04.07.2003 2nd Assembly of the AU, 4 - 12 July 2003, Maputo, Mozambique President Bush has brought Angola into AGOA, the group of African countries which enjoy liberal trade terms with the US.
- 10.07.2003 Bush's Botswana visit highlights Aids
- 13.07.2003 Colourful meeting of African heads: Conflict resolution was high on the agenda at this year's African Union summit. It was fitting that African heads of state chose to meet in Mozambique at a time when they were committing themselves to peace and stability in Africa.
- 04.08.2003 The Swazi king announces he is to take an eleventh wife. Each year at the annual Reed Dance the king may choose a new bride.
- 08.08.2003 Former Zambian president Frederick Chiluba charged with the theft of \$30m during his term in office. Angola is to sign a trial deal with the International Monetary Fund, paving the way for loans to rebuild the war-shattered country, officials say.
- 13.08.2003 Zambian parliament votes against a motion to impeach President Mwanawasa.
- 15.08.2003 In Malawi, the parliamentary speaker expels eight MPs who switched sides to form their own party, the Genuine Alliance for Democracy.
- 27.08.2003 Lesotho fines second dam firm
- 20.09.2003 Botswana begins erecting a fence along its north-eastern border with Zimbabwe in response to an influx of illegal Zimbabwean immigrants.
- 19.10.2003 Elections are held. Swazis count parliamentary votes
- 20.10.2003 Almost two million Angolans may face food shortages after the government's decision to reject genetically-modified food aid, the UN has warned.

- 28.10.2003 Namibian Caprivi treason trial under way: More than 100 people accused of leading a secessionist rebellion in Namibia have gone on trial for treason. A total of 121 suspects are accused of belonging to the Caprivi Liberation Army, which launched a failed uprising in the Caprivi Strip four years ago. Before the trial, some of the suspects sang independence songs, interspersed with shouts of "Viva Caprivi". Many of the suspects have sued the government for torture and wrongful arrest. Eleven have died in custody.
- 10.11.2003 Union representing black farm workers calls off plans to invade 15 white-owned farms after reaching agreement with white farmers' group in Namibia
- 11.11.2003 Canaan Banana, Zimbabwe's first black president, dies aged 67.
- 30.11.2003 Brazil pledges to build plant in Mozambique to produce anti-retroviral drugs for HIV-Aids sufferers.
- 08.12.2003 Zimbabwe pulls out of Commonwealth after organisation decides to extend suspension of country indefinitely.
- 09.12.2003 Mr Chiluba goes on trial on corruption charges.
- 31.12.2003 Angola wins US trade privileges: Angola is hoping to unveil more offshore oil wealth at a newly discovered deposit
- 01.01.2004 In run-up to May's presidential elections, Vice President Justin Malewezi resigns and joins opposition campaign. President Muluzi dismisses cabinet.
- 10.01.2004 The king asks for \$15m to build a palace for each of his wives.
- 11.01.2004 Germany expresses regret for colonial-era killing of tens of thousands of ethnic Hereros, but rules out compensation.
- 03.02.2004 Lesotho Prime Minister Mosisili declares state of emergency, appeals for food aid. Aid officials say hundreds of thousands face shortages after three-year struggle against drought.
- 03.02.2004 The Lesotho prime minister announces the country is facing a humanitarian crisis after three years of erratic rainfall.
- 06.02.2004 Zimbabwe's only privately-owned daily newspaper, the Daily News, has again stopped publishing. On Thursday, the Supreme Court upheld the government's right to stop journalists working without official accreditation from a media commission.
- 23.02.2004 Zimbabwe sanctions extended by: The renewal of sanctions against Zimbabwe has been formally announced by European foreign ministers. UK foreign secretary Jack Straw and the other current and future EU member states agreed the move on Saturday. The number of senior members of President Robert Mugabe's regime subjected to a travel ban and asset freeze has risen from 79 to 95.
- 07.03.2004 70 men - said to be mercenaries planning coup in Equatorial Guinea - detained and charged after their plane is impounded in Harare. 15 March, 2004, Zimbabwe charges 'mercenaries' Zimbabwe has charged 70 men, alleged to be mercenaries, with immigration and firearms violations. The men were detained after their plane was impounded in the Zimbabwean capital of Harare eight days ago.
- 10.03.2004 The number of people infected with HIV falls to 37.5%, Botswana no longer has the highest incidence rate in the world.
- 11.03.2004 The Swazi king sacks the speaker of the House of Assembly. The speaker of Swaziland's parliament says he has been forced to resign by the ruler of the drought-hit country. No official reason has been given for the move. However King Mswati had refused to open parliament until Marwick Khumalo quit. Mr Khumalo said that he was being "victimised for something he did 25 years ago," but did not elaborate.
- 16.03.2004 Angola and IMF 'to sign deal'

- 20.03.2004 Official opening of first phase of multi-billion-dollar Lesotho Highlands Water Project, which supplies water to South Africa.
- 30.03.2004 Angola GM ban 'threatening Angola aid'
- 30.03.2004 Zimbabwe crisis spills over border
- 12.04.2004 Angola More than 3,000 arrested in crackdown on illegal diamond mining, trafficking. Government says 11,000 people have been expelled since December 2003 in campaign against exploitation of economic resources.
- 21.04.2004 Angola discovers new oil deposit
- 03.05.2004 Malawi Government announces it will provide free anti-viral drugs to Aids sufferers. Tension ahead of May's elections turns to violence as police and demonstrators. Observers from the European Union and the Commonwealth have voiced concern about the running of Malawi's election. .
- 10.05.2004 Cardoso killer escapes jail again: Anibalzinho was serving time for the murder of journalist Carlos Cardoso. The convicted murderer of Mozambique's top investigative journalist, Carlos Cardoso, has again escaped from jail. Anibal Antonio dos Santos - better known as Anibalzinho - disappeared from the country's maximum security prison on Sunday night, police said.
- 13.05.2004 Namibia sends out farm 'requests'
- 18.05.2004 Zimbabwe's opposition loses poll: Zimbabwe's opposition has lost a by-election in one of its strongholds, after complaining of intimidation by government supporters. President Robert Mugabe's governing Zanu-PF party won the poll in Lupane by 900 of the some 20,000 votes cast. Lupane is in the western region of Matabeleland, where the Movement for Democratic Change won almost every seat in the 2000 parliamentary elections. Zanu-PF needs another three seats to be able to change the constitution. Just two months ago, it won another by-election in the MDC stronghold of Chitungwiza, a satellite town near Harare.
- 20.05.2004 Observers criticise Malawi poll: Bingu wa Mutharika, the ruling party candidate, declared presidential election winner. Observers and the opposition are critical of the conduct of the poll. Opposition protesters clash with police in Blantyre after Bingu wa Mutharika is named president.
- 30.05.2004 SWAPO party chooses Nujoma's successor in Namibia : Nujoma is set to step down after 14 years in office: Namibia's governing SWAPO party has chosen the man it wants to succeed President Sam Nujoma, who led the country to independence 14 years ago. Land Minister Hifikepunye Pohamba won a ballot of party members held in the capital, Windhoek. Mr Pohamba, President Nujoma's favoured successor, will represent SWAPO in a presidential election due in November.
- 14.06.2004 Opposition presidential candidate, Gwanda Chakuamba, says he will back the president in a U-turn after May's election. Brown Mpinganjira was once a close ally of former president Muluzi A surprise deal with a bitter rival has given President Bingu wa Mutharika a majority in Malawi's parliament. With the National Democratic Alliance (NDA) seats, the governing United Democratic Front (UDF) now has enough MPs to pass parliamentary bills. The move follows presidential hopeful Gwanda Chakuamba's decision to drop his legal challenge to the May polls and accept a post in government.
- 15.06.2004 Zimbabwe 'not nationalising land' - Zimbabwe has denied reports that it plans to end private land ownership.

Anhang 2: Übersicht zu Programmschwerpunkten und Schwerpunktthemen der Stiftung

Theme	Partner Organisation	Country	Period	Main Themes of the Foundation
Reporting Period July 2003 - June 2004				
Ending Violence Against Women	SOS Femmes	MAU	01.01.03 to 31.12.05	Gender Democracy
No Violence Against Women - Protection, Advocacy and Lobbying for Women as Survivors of Violence	NISAA Institute for Women's Development	ZAR	01.01.03 to 31.12.05	Gender Democracy
Women's Media Capacity Building and Advocacy Project	Sister Namibia	NAM	01.01.03 to 31.12.05	Gender Democracy
CEDAW, NEPAD and Globalisation:	Umtapo Centre	ZAR	02.01.03 to 31.01.04.	Globalisation
The Impact of Free Water Supply in Rural South Africa: Are Rural Women Benefiting?	Rural Development Services Network	ZAR	01.06.03 to 31.12.03	
Youth for Knowledge and Youth for Change	Ledikasyon Pu Travayer	MAU	01.04 to 30.11. 04	Globalisation
Southern Africa Regional Workshop on Reproductive Rights	Reproductive Rights Alliance	regional	01.07.03 to 30.11.04	Gender Democracy
Understanding the Role of Economic Dependence in the Development and Continuation of Abusive Relationships and Identifying Recommendations to Address such Dependence	Centre for the Study of Violence and Reconciliation	ZAR	01.06.03 to 30.10.03	Gender Democracy
Review of Gender Budgeting Processes in the Southern Africa Region	Budget Information Services at the Institute for Democracy in S.A	regional	01.09.03 to 03.10.03	Gender Democracy
Community Currency in Food for Work Workshops	Ocean View Development Trust	ZAR	01.07.03 to 31.12.03	Globalisation
Building Effective Partnerships Between Men and Women for the Achievement of Gender Equality: a Men and Masculinities Conference	Gender Training and Education Network	ZAR	01.10.03 to 30.12.03	Gender Democracy
African Women Participation in Cancun	Gender and Trade in Africa Network	regional	01.09.03 to 30.11.03	Globalisation
African Women Participation in Berlin Summer School	HBS Southern Africa Office	regional	October 2003	Globalisation
5 Breakfast Briefings on Gender and Poverty Alleviation	HBS Southern Africa Office	ZAR		Gender Democracy
Amani Trust Video on Politically Motivated Sexual Violence in Zimbabwe	HBS Southern Africa Office	ZIM	01.01.03 to 31.12.03	
Donor Network on Women Seminar on What are the Factors which Contribute to Women Becoming Economically Self-Sufficient	HBS Southern Africa Office	ZAR	Oct 2003	Gender Democracy
Transformation of Social Security for Poor Women	Gender Research Unit, Centre for Applied Legal Studies, Wits Univ	ZAR	01.01.04 to 31.12.04	Gender Democracy
Knowledge for All	Ledikasyon Pu Travayer	MAU		Economic Justice

Re-orienting the Social Constructs of Masculinity as a Basis to Address Gender Violence and Advance Sexual and Reproductive Rights	Reproductive Rights Alliance	ZAR	01.07.04 to 31.12.04	Gender Democracy
Using Budgets to examine responses to violence against women	Budget Information Services at the Institute for Democracy in S.A	ZAR	01.02.04 to 31.12.04	Gender Democracy
Women's Participation in Contemporary Activism in South Africa	Agenda Feminist Media Co.	ZAR	01.02.04 to 31.07.04	Gender Democracy
"Spare Ribs" Theatre Play	Mehlo Maya Theatre Group	ZAR	01.03.04 to 30.09.04	Gender Democracy
Mainstreaming of Gay and Lesbian Issues Through the Production and Use of Educational and Public Awareness Material	OUT: Lesbian/Gay/Bisexual/Transgender Well Being	ZAR	01.03.04 to 30.11.04	Gender Democracy
Launch of Tshwaranang Legal Centre's Advocacy book on Children's Maintenance	HBS Regional Office	ZAR	01.05.04 to 30.05.04	Gender Democracy
10 Years of Democracy in South Africa Implications for Women	Budget Information Services at the Institute for Democracy in S.A	ZAR	01.10.03 to 30.06.04	Gender Democracy
"Spring School" Capacity Training for Women in Africa on Trade and Globalisation Issues	HBS Southern Africa	regional	20.06.04 to 31.12.04	Globalisation
Using budgets to examine State responses to violence against women	Budget Information Services at the Institute for Democracy in S.A	ZAR	01.02.04 to 31.12.04	Gender Democracy
DNW regional seminar on gender budgets	HBS and DNW activity	ZAR	01.10.04 to 15.11.04	Gender Democracy
Economic Literacy for poor women farm workers	Women on Farms Project	ZAR	01.01.03 to 30.04.04	Globalisation
Women the Invisible Refugees	Agenda Feminist Media Co.	ZAR	01.01.03 to 30.06.03	Globalisation
Regional Training Courses for Journalists from Independent media	Africa Information Afrique	regional	2003	Media Freedom
Regional Training Courses for Journalists from Independent media	Institute for the Advancement of Journalism	regional	2003	Media Freedom
Study on AIDS in the Media	Media Institute of Southern Africa	regional	2003	Media Freedom
South Africa Editors Conference 200 on Aids in the media	Media Institute of Southern Africa	regional	Oct. 2003	Media Freedom
Community Broadcasting Programme 2002/2003	Media Institute of Southern Africa	regional	2003	Media Freedom
Conference Participation CS	Highway Africa	ZAR	Oct. 2003	Media Freedom
Zimbabwe Special media Project	IDASA	ZIM	2003	Media Freedom
IT Study in CS	Sangonet	ZAR	May 2003	Media Freedom
Reclaiming Sus. Dev. Water and Trade	Environmental Monitoring Group	ZAR	01.04.03-30.12. 04	Sustainable Development
Biodiversity and Food Security (GMO)	Community Technology Development Trust	ZIM	01.01.02-31.12.03	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign)	Earthlife Africa Johannesburg	ZAR	01.07.23-30.03.04	Sustainable Development

		ZAR	01.04.04-31.12.04	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign)	Earthlife Africa Cape Town	ZAR	01.03.03-30.12.03	Sustainable Development
			01.01.04-31.10.04	
Energy (Anti-Nuclear Campaign, Radio-Active Waste Policy Process)	Contact Trust	ZAR	01.09.03-30.11.03	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign, Public Hearings Summit)	Contact Trust	ZAR	01.02.04-31.03.04	Sustainable Development
Internet based Environmental Newsletter	African Health Organisation "The Green Clippings"	ZAR	18.08.03-18.11.03	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign)	Earthlife Africa Durban	ZAR	01.10.03-31.12.03	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign)	Namaqualand Resource Centre	ZAR	01.03.03-30.12.03	Sustainable Development
Land (Community Displaced by the South African Military, Land Rights Case)	Association for Community and Rural Advancement (ANCRA)	ZAR	01.06.03-31.07.03	Sustainable Development
Biodiversity and Food Security (GMO)	Bio-Watch	ZAR	01.05.04-30.06.04	Sustainable Development
Energy (Anti-Nuclear Campaign, documentary for awareness raising)	Helena Kingwill	ZAR	01.06.2004-31.08.04	Sustainable Development
The Land Tribunal (public dialogue, and public-opinion influencing process to create a platform for articulating alternatives)	Trust for Community Outreach and Education	ZAR	01.12.03-31.12.03	Sustainable Development
"Project Management for Non-profit Organisations" by Mensah Frimpong	HBS Johannesburg	regional	13.10.2003	Civil Society
ZERI- Zero Emissions Research and Initiatives	HBS Johannesburg	regional	13.02.2004	Sustainable Development

Anhang 3: Publikationen und Webseiten der Stiftung im Südlichen Afrika

Publikationen des Regionalbüros Johannesburg der HBS im Südlichen Afrika:

- Victor Munnik, Jessica Wilson: *The World Comes to One Country – An Insider History of the World Summit on Sustainable Development*. – HBS Johannesburg, 2003
- David Fig: *Uranium Road – Questioning South Africa's Nuclear Direction* – HBS Johannesburg, 2004-0

Publikationen, die Partnerorganisationen mit Unterstützung der HBS produziert haben

- Nisaa Institute for Women's Development: *How do I reduce the risk of HIV/Aids: a guide for women in abusive relationships* – *The "Red & White Ribbon Campaign"*, Nisaa Institute for Women's Development, RSA (2003)
- Tove-Skutnabb-Kangas: *Eski Guvernman pe tuy Bhojpuri & Kreol (Is Government Killing Bhojpuri and Kreol)* - Ledikasyon Pu Travayer (LPT), Mauritius, 2003:
- Sarifa Moola: *Research and Analysis of the Development and Implementation of NEPAD and CEDAW (Article 14) in six SADC countries* - Umtapo Centre, Durban, RSA, 2003
- *Sister Namibia Magazine*: Vol 15 # 1&2 , published in May 2003, 15 # 1&2 , published in May 2003, 15 # 4 published in August 2003, 15 # 5 & 6 published in December 2003 - Sister Namibia, Windhoek, Namibia
- Agenda # 55 : *"Women the invisible refugees"* , June 2003 – AGENDA, Durban , RSA
- NISAA Institute for Women's Development Annual Report 2003-2004: *Life in the shadows continues for abused women in prison* – NISAA, Johannesburg 200
- Citizens United for Renewable Energy and Sustainability: *The Future is Renewable – Declaration for the International Conference for Renewable Energies*, Johannesburg 2003
- Media Institute of Southern Africa (MISA): *HIV/AIDS & the Media* – MISA Windhoek, 2004
- Julie Smith: *Msunduzi - A Community Perspective on Water Delivery, 2004* - Environmental Monitoring Group, Cape Town 2004
- Grace Mutandwa: *The Search to Safeguard. Zimbabwe's Genetic Heritage* - Community Technology Development Trust, Harare, Simbabwe, 2004
- Grace Mutandwa: *Biological Diversity and Community Knowledge Protection; Legislative Proposal* - Community Technology Development Trust, Harare, Simbabwe, 2003
- Simon Bright, ZIMMEDIA: *The People's Law (Video Documentary)* - Community Technology Development Trust, Harare, Simbabwe, 2003
- Sibusiso Mimi: *Windy Township. Educational Comic*, Earthlife Africa Cape Town, December 2003.

Webseiten, die im Zusammenhang mit Kooperation der Stiftung entstanden sind oder gepflegt werden:

- www.greenclippings.co.za
- www.boell.org.za
- www.earthlife-ct.org.za
- www.nisaa.org.za
- www.emg.org.za
- www.umtapo.co.za
- www.agenda.org.za
- www.iaj.org.za
- www.ncrf.org.za
- www.misa.org